Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 12

Artikel: Die Schweiz und die Alliierten
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-159218

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Schweiz und die Alliierten

Von * * *

Den Verhandlungen, die vom 12. Februar bis 8. März in Bern zwischen einer alliierten und einer schweizerischen Delegation geführt worden sind, darf eine — an schweizerischen Verhältnissen gemessen — historische Bedeutung zugesprochen werden. Es ist zwar leichter, jeweils erst aus beträchtlicher zeitlicher Distanz festzustellen, welchen Ereignissen geschichtliche Tragweite zukommt, als dies Urteil schon in der Fülle der Tagesereignisse zu wagen. Hier aber darf ausnahmsweise gewagt werden, jetzt schon zu sagen, daß in Bern in diesen Tagen Geschichte gemacht worden ist.

Die Verhandlungen bedeuteten in mehr als einer Hinsicht einen Wendepunkt. Deutschland, in der Vorkriegs- und noch mehr in der Kriegszeit unser wichtigster Handelspartner, hat für uns infolge seiner bedrängten Lage seine wirtschaftliche Bedeutung fast völlig eingebüßt. Seine Lieferfähigkeit ist zusammengebrochen. Wer wird es ersetzen? Wer als Lieferant einspringen? Wer als Abnehmer, um unsern Fabriken weiterhin Beschäftigung zu sichern?

Die wirtschaftlichen Konsequenzen aus der Tatsache, daß nun die Alliierten wieder eine direkte Landverbindung mit uns haben, waren bisher nicht richtig gezogen worden. Obwohl der eiserne Ring der Achse seit Monaten gesprengt ist, haben gerade in der letzten Zeit unsere Zufuhren mehr als je gestockt und unsere Vorräte sind bedenklich zusammengeschmolzen. Sollten ausgerechnet am Ende des Krieges die Not und eine aus Rohstoff- und Absatzmangel bedingte Arbeitslosigkeit Einzug halten?

Diese mehr materiellen Fragen waren nicht die einzigen. An Bedeutung wurden sie trotz ihrer Größe eindeutig überragt von der Frage, ob die Schweiz unter so veränderten Verhältnissen ihre Neutralität in die Friedenszeit werde hinüberretten können oder ob man sie zwingen wolle und könne, sich in der Schlußphase des Krieges noch wirtschaftlich in eine der Kriegsfronten einzugliedern. Das war das Dilemma, vor dem sie, politisch gesehen, stand.

Eine Zeit der Not, ja des Hungers und des wirtschaftlichen Marasmus, verbunden vor allem mit Arbeitslosigkeit, bewirkt durch die Blockierung unseres Landes, wäre bitter. Allein wir hätten sie ebenso tragen und ertragen müssen wie viele andere Völker. Rückschauend hätte man sie einst

so gut als vorübergehende Episode gewertet wie etwa die schlimmen Zeiten im Gefolge des Zusammenbruchs der alten Eidgenossenschaft. Der Verlust unserer Neutralität hingegen hätte unsere staatliche Stellung dauernd verändert. Einmal verloren, ließe sich die Neutralität kaum mehr voll zurückgewinnen. Das Ausland könnte sich nicht mehr absolut auf sie verlassen, und eine künftige Generation hätte es viel schwerer, sie in kommenden Wirren zu behaupten. Vielleicht ginge sie sogar ganz und dauernd verloren. In diesem Sinne mußten sich die Verhandlungen auf die Frage zuspitzen, ob unser neutrale Stellung bewahrt werden könne.

Die Behauptung unserer Neutralität ist schließlich gelungen. Das bezeugten die schweizerischen und die alliierten Erklärungen, und selbst Berlin gab zu, daß die Schweiz wenigstens theoretisch den Neutralitätscharakter gewahrt habe. Berlin hat keinen Anlaß, ein günstiges Urteil zu fällen, da die schweizerischen Zugeständnisse materiell zu Lasten Deutschlands gingen. So dürfen wir sein Zeugnis ruhig nach oben korrigieren und das „theoretisch" streichen.

* * *

Es ist vor allem festzuhalten, daß die Schweiz ihre neutrale Stellung während des gegenwärtigen Krieges in den vergangenen Jahren tatsächlich gewahrt hat, also auch damals, als sie von allen Seiten vom Machtbereich der siegreichen und den ganzen Kontinent beherrschenden Achsenmächte umgeben war. Weil darüber da und dort einige Begriffsverwirrung herrscht, seien zu dieser Frage noch einige Bemerkungen angebracht.

Es ist unbestritten, daß die Neutralität ein politisch-militärischer und nicht ein wirtschaftlicher Begriff ist. Im Grunde besteht keine Pflicht zur wirtschaftlichen Neutralität. Allein das Wirtschaftliche ist vom übrigen Leben nicht sauber zu isolieren, und die wirtschaftliche Kraft ist auch für die Kriegführung von höchster tatsächlicher Bedeutung. Gibt es auch keine formulierten Gebote und Verbote für das wirtschaftliche Verhalten der Neutralen, so dürften ihre Pflichten in Kriegszeiten doch damit richtig umschrieben sein, daß es ihnen nicht gestattet ist, sich wirtschaftlich einer der Kriegsparteien einzuordnen und an ihrem Wirtschaftskrieg teilzunehmen. Anderseits aber ergibt sich aus der Tatsache, daß die Neutralen nicht Krieg führen, ihr Anspruch darauf, leben zu dürfen und mit beiden Parteien nicht nur diplomatisch, sondern auch wirtschaftlich normale Beziehungen aufrecht zu erhalten. Die Wirtschaft hat für die Deckung des physischen Bedarfes der Völker zu sorgen. Ihnen die wirtschaftliche Tätigkeit unmöglich zu machen, greift deshalb an ihr Lebensrecht. Anderseits aber sucht der Kriegführende alles zu unterbinden, was seinen Gegner stärkt. So prallen die Interessen der Kriegführenden und das Friedens- und Lebensrecht der Neutralen als scharfe Gegensätze aufeinander.

Die unendlich mannigfaltige Verflochtenheit der Wirtschaft, die sich niemals auf den eigenen Staat zurückziehen kann, wie auch der wechselnde Verlauf des Krieges bringen es mit sich, daß sich die Verhältnisse wandeln. Die praktischen Möglichkeiten ändern sich. Sich ihnen anzupassen ist kein Verstoß gegen die Neutralitätspflichten, solange gewisse Grenzen nicht überschritten werden. Wollte man dies bestreiten, so würde man den Neutralen das Recht nehmen, ein einigermaßen normales Leben zu führen.

* * *

Die Schweiz hat in den vergangenen Kriegsjahren die zulässigen Grenzen nicht überschritten. Von beiden Seiten wurde ihr vorgeworfen, die Neutralitätspflichten zu verletzen. Sie hat sich dadurch nicht beirren lassen. Unentwegt und mit größter Zähigkeit hat sie am Grundsatz festgehalten, wirtschaftliche Leistungen an einen Kriegführenden nur gegen entsprechende gleichwertige wirtschaftliche Gegenleistungen zu erbringen. Das Schwergewicht liegt in diesem Satz sowohl auf dem „wirtschaftlich" wie auch auf dem „gleichwertig". Die Befolgung dieser Maxime bedeutet aber auch, daß die neutrale Stellung behauptet wurde. Mehr kann man von einem Neutralen mit gutem Gewissen nicht verlangen.

Nachdem der Krieg ausgebrochen war, bremste die Schweiz die Lieferungen nach Deutschland stark ab. Sie wollte nicht das Risiko laufen, nicht bezahlt zu werden und damit einer Kriegspartei wirtschaftliche Leistungen ohne gleiche wirtschaftliche Gegenleistungen zu erbringen. Als sich aber erwies, daß Deutschlands Lieferfähigkeit ungebrochen war, konnte die Zurückhaltung gelockert werden. Mit den Alliierten wurde damals ein Abkommen getroffen, das es der Schweiz unter bestimmten Bedingungen auch gestattete, Waren aus Rohstoffen, die von alliierten Ländern und aus Übersee stammten, nach Deutschland zu liefern. Die Lebensbedürfnisse der schweizerischen Veredlungswirtschaft wurden anerkannt. Später, als die Achse uns völlig umschloß, transportierte die Schweiz Lebensmittel aus Übersee auf Grund von Vereinbarungen mit beiden Seiten durch das Machtgebiet der Achse nach ihrem Land und schweizerische Erzeugnisse, vielfach mit Hilfe deutscher Kohle und deutscher Rohstoffe erzeugt, ebenfalls durch das Achsengebiet nach Übersee und selbst nach alliierten Staaten.

Am meisten Verwirrung der Geister auch in der Schweiz hat der bekannte Clearingkredit an Deutschland gestiftet. Hat hier die Schweiz nicht in unzulässiger Weise die deutschen Kriegsanstrengungen unterstützt? Für völlig unorientierte Leute mag es so aussehen; allein auch hier wurde dem Grundsatz nachgelebt, wirtschaftliche Leistungen nur gegen entsprechende wirtschaftliche Gegenleistungen zu erbringen.

Man muß sich eben jene Zeit ins Gedächtnis zurückrufen. Die Achsenstaaten waren nicht nur die einzigen möglichen Lieferanten von

Kohle und Eisen, von Tonerde für die Aluminiumfabrikation, von Sämereien und Düngemitteln, ohne die der Mehranbau unmöglich gewesen wäre; sie waren auch die Herren aller andern Zufuhren und auch die Herren über unsere gesamte Ausfuhr. Weder mit der Achse selber, noch mit ihren besetzten und „verbündeten" Gebieten, noch mit den Neutralen oder gar mit den Alliierten hätte die Schweiz ohne die Zustimmung der Achse den geringsten Handel treiben können. Die Achse mußte nicht nur ihre Zustimmung geben, es war auch unerläßlich, daß sie uns ihre Transportmittel zur Verfügung stellte. Ohne ein geordnetes Verhältnis zur Achse hätte uns auch die Bereitwilligkeit der Alliierten, uns Lebensmittel und Rohstoffe zu senden, nichts genützt, da diese durch Italien oder das besetzte Frankreich transportiert werden mußten. Ja nicht einmal nach Portugal oder Spanien hätten die Überseewaren gelangen können, wenn Deutschland seinen Unterseebooten nicht Weisung erteilt hätte, die schweizerischen Schiffe zu schonen. Auch unsere Aufrüstung und der geordnete Gang der Binnenwirtschaft fußten auf wirtschaftlichen Leistungen der Achse.

Es liegt auf der Hand, daß unter solchen noch gar nie dagewesenen Umständen die Achsenmächte für ihre buchstäblich lebensnotwendigen Leistungen etwas verlangten, was ihnen wertvoll war, und dies um so mehr, als sie einen Krieg auf Leben und Tod zu bestehen hatten. Was konnte die Schweiz bieten? Neben Warenlieferungen den Transit und ihren Kredit. Die Schweiz blieb damit auf dem Boden der gleichwertigen wirtschaftlichen Leistung. Das wird besonders deutlich, wenn nicht übersehen wird, daß ja auch Deutschland nicht nur Waren lieferte, sondern uns den Transit gestattete, sodaß die Schweiz einen umfangreichen Export nach den alliierten Ländern tätigen konnte, einen Export von Waren, hergestellt mit deutscher Kohle. Das Gleichgewicht der Leistungen bestand; ja es muß rückschauend zugegeben werden, daß die Schweiz, trotzdem sie damals in geradezu verzweifeltem Ausmaße an die eine Kriegspartei „ausgeliefert" war, doch erstaunlich viel erreichte.

Nach den kürzlichen Berner Verhandlungen hat Minister Stucki erklärt, daß die Schweiz vor niemandem die Augen zu senken brauche. Das darf auch für die vergangenen Kriegsjahre gesagt werden und nicht mit minderem Recht. Allerdings wurde von den verantwortlichen Männern auch ein kaum mehr zu übertreffendes Maß an Hingabe, Geisteskraft und Zähigkeit aufgewandt. Die mehrfach monatelangen Verhandlungen und zeitweise vertragslose Zwischenperioden zeigten, daß im Interesse der Wahrung unserer Neutralität auch große wirtschaftliche und politische Risiken nicht gescheut wurden. So gelang das Wunder der Behauptung gegenüber der Achse.

* * *

Von alliierter Seite ist während und vor allem nach den jüngsten Berner Verhandlungen wiederholt versichert worden, daß man nie ver-

sucht habe, die Neutralität der Schweiz anzutasten. Es besteht kein Grund daran zu zweifeln, daß diese Erklärungen ehrlich gemeint waren, allerdings so wie die Alliierten unsere Neutralität verstehen. Nach schweizerischer Auffassung sehen die Dinge jedoch anders aus. Es muß festgestellt werden, daß gewisse Begehren der Alliierten sich mit der Neutralität, wie wir sie auffassen und auffassen müssen, nicht hätten vereinbaren lassen. Die ursprünglichen Forderungen der alliierten Delegation sind nicht veröffentlicht worden. Indessen muß der Schluß, daß sie zu viel verlangten, aus den Worten von Minister Stucki gezogen werden, der erklärte: „Sie haben gefordert, sogar viel, aber Sie haben konstatiert, daß es unserem kleinen neutralen Lande nicht möglich ist, gewisse Forderungen anzunehmen". Es sind also Forderungen gestellt worden, welche die Schweiz mit Rücksicht auf ihre Neutralität nicht annehmen konnte, die also die Neutralität verletzt hätten. Aus den Verhandlungsgegenständen und aus den Äußerungen der alliierten Presse kann man gewisse Mutmaßungen anstellen, jedoch sichere Schlüsse nicht ziehen. Gingen die unannehmbaren Forderungen etwa auf die völlige Einstellung aller Lieferungen nach Deutschland und die Unterbindung jeden Transites zwischen Deutschland und Italien? Vermutungen in dieser Richtung finden eine gewisse Stütze in der Tatsache, daß von Schweden Analoges gefordert worden ist*).

Solche Begehren hätte die Schweiz in der Tat nicht annehmen können, ohne ihre Neutralität preiszugeben. Sie hätte sich ja sonst in die Front des Wirtschaftskrieges eingereiht. Es will uns scheinen, daß es solchen Begehren gegenüber, wenn sie kompromißlos aufrecht erhalten worden wären, was zum Glück nicht der Fall war, keinen andern Ausweg gegeben hätte, als es auf ein Scheitern ankommen zu lassen. Wir hätten eben Mangel und Not und Arbeitslosigkeit auf uns nehmen müssen, um die Neutralität zu retten. Es ist am Platze, dieser Möglichkeit, die sich durchaus hätte ergeben können oder künftig einmal ergeben kann, klar ins Auge zu blicken.

Anderseits gestatteten die gewaltig verminderten Lieferungen Deutschlands nicht nur eine analoge Reduktion unserer Sendungen, sondern sie geboten sie sogar, wollten wir nicht durch Gratislieferungen Deutschlands Kriegführung helfen. Und daß es für die neutrale Schweiz ganz untragbar wäre, Kohle und Eisen, diese unentbehrlichen Grundstoffe, weiterhin für Fremde zu transportieren, während sie ihr selber verweigert werden, erschien ebenso als unzumutbar. Auf dieser Linie liegt nun offenbar die gefundene Lösung. Wir werden Deutschland in dem — minim gewordenen — Ausmaß beliefern, in dem es uns noch versorgen kann. Transporte der Grundstoffe Kohle und Eisen, die nicht mehr an un-

*) Tatsächlich sind diese Vermutungen denn auch durch die Ausführungen von Bundesrat Stampfli vor dem Ständerat (20. März) im wesentlichen bestätigt worden.

ser Land abgegeben werden, werden wir auch nicht durch unser Land durchlassen. Die Verständigung ist also stark erleichtert worden durch die Entwicklung selber, die uns ohnehin zu sehr weitgehenden Restriktionen im Verkehr mit Deutschland nötigte.

* * *

Daß wir um die Neutralität gekämpft haben, braucht niemand zu verwundern. Sie ist das unentbehrliche Lebenselement unseres Landes, gleich bedeutsam für unsere Stellung nach außen wie für das Zusammenleben unseres viersprachigen Volkes im Innern. Die Neutralität hat uns nicht nur in diesem Jahrhundert vor der Verwicklung in zwei Weltkriege gerettet, sie hat schlechthin unsere Existenz bewahrt.

Als die Achse Europa beherrschte, wäre es oft viel leichter und — wenigstens auf kurze Sicht —, auch einträglicher gewesen, etwas mehr einzulenken. Trotz großen Risiken haben wir es nicht getan. Gleiche Festigkeit war bei den neuesten Verhandlungen nun nach der andern Seite geboten. Es mußte sich entscheiden, ob wir uns die Neutralität, die wir vor der Achse gerettet hatten, von den Alliierten nehmen ließen. Das war der Sinn des Kampfes in Bern.

Es stellt sich die Frage, ob unser Volk das voll verstanden und ob es sich seiner Aufgabe gewachsen gezeigt hat.

Diese Frage kann nicht vorbehaltlos bejaht werden. Darum sei sie erörtert.

Die Sympathien des Schweizervolkes gelten den Alliierten. Dies hatte zur Folge, daß man sich nicht überall genügend Rechenschaft gab, daß diese trotzdem in den Verhandlungen unsere Gegner waren, und zwar in des Wortes voller Bedeutung; unsere Gegner im Kampf um das Lebenselement der Schweiz, die Neutralität. Daß man sie als solche ernst nehmen mußte, hatten sie vorher genügend bewiesen, als sie die Zufuhren selbst der Lebensmittel lange Zeit abschnitten. Alle Sympathie für die Alliierten hätte den Tatbestand nicht vernebeln sollen, daß die alliierte Delegation naturgemäß in die Schweiz kam, um alliierte Kriegspolitik zu treiben, die in vielen Punkten naturgemäß zu der schweizerischen Neutralitätspolitik in Gegensatz stehen muß. Die Schweiz hatte unerbittlichen Widerstand zu leisten, wo es sich um die Grundsätze ihrer Neutralität handelte. In andern Fragen mochte man mittlere Lösungen und Anpassungen an die Lage suchen.

Die Schweiz muß eben eine Haltung einnehmen, die sich auch in hundert Jahren noch rechtfertigen läßt, in einer Zeit, in der Europa ganz anders aussehen wird als heute. Ihr ist eine viel strengere Linie geboten als jedem andern Land. Zu weitgehende Kompromisse müßten Hypotheken für die Zukunft werden.

Zu Beginn der Verhandlungen lag aber eine Stimmung in der Luft, die Schweiz dürfe es niemals zum Scheitern kommen lassen, sie müsse

schließlich einlenken. Wenn es aber um unsere Neutralität geht, so darf es solche Gesinnung nicht geben. Es ist ganz klar: hätte die Gegenseite auf unannehmbaren Forderungen beharrt, so hätten wir nicht nachgeben dürfen, welches auch die Konsequenzen gewesen wären. Man hat Äußerungen und eine Führung der öffentlichen Meinung in diesem Sinne vor und während den Verhandlungen stark vermißt.

Der berechtigte Abscheu und das verständliche Grauen vor dem, was aus dem Dritten Reich und den besetzten Gebieten bekannt geworden ist und das wir mit Recht moralisch verurteilen, hat dazu geführt, daß auch die Verhandlungssituation, ganz falsch am Platze, moralisch beurteilt wurde. So war die Ausgangssituation ungünstig. Schließlich wären doch wohl auch das englische Kabinettsmitglied und der Sondergesandte des USA-Präsidenten nicht sehr gerne mit leeren Händen nach Hause gereist. Es hätte schon etwas mehr riskiert werden dürfen als es die öffentliche Meinung glaubte. Die Verhandlungssituation war keineswegs so, daß nicht auch die Schweiz, neben der Verteidigung der grundsätzlichen Neutralität, gewisse Begehren anbringen konnte. Der Bundesrat und die Delegation fanden aber im Volk und in der öffentlichen Meinung nicht die Stütze, die zu wünschen gewesen wäre. Ob dadurch bestimmte Positionen zu wenig verteidigt wurden und verloren gingen, die sich hätten halten lassen, entzieht sich der Kenntnis. Das hier gefällte Urteil bezieht sich auf die Haltung der Öffentlichkeit, nicht auf die Verhandlungen, in denen zum Glück Entscheidendes nicht preisgegeben worden ist.

* * *

Schlimmer als die Schwäche der öffentlichen Meinung waren aber einige Äußerungen, die als Rückenschüsse bezeichnet werden müssen. So schrieb ein Korrespondent der Basler „Nationalzeitung" an die Adresse unserer Unterhändler:

> „Sollten sie zögern, so mögen sie ins Volk hinaus horchen. Das Volk hat sich seine Meinung bereits gebildet, über den Ausgang des Krieges wie über die Notwendigkeit der Einschaltung in die neue Umwelt."

Der Ausdruck von der „Einschaltung in die neue Umwelt" weckt wenig angenehme Erinnerungen an das Jahr 1940, als nach dem Zusammenbruch Frankreichs der Fraktionschef der Sozialisten in der Bundesversammlung namens seiner Fraktion erklärte:

> „Die Voraussetzungen der bisherigen traditionellen Neutralitätspolitik sind durch die europäischen Ereignisse zerstört. Eine Neuorientierung der Innen- und Außenpolitik drängt sich auf."

Heute wie damals ist es aber nicht eine „Neuorientierung" oder eine „Einschaltung in die neue Umwelt", die uns not tut, sondern es oblag uns und wird uns immer obliegen die Verteidigung unserer Neu-

tralität. Dies hat die „Schweizerische Metallarbeiterzeitung" am 28. Februar 1945 klar umschrieben:

„Unsere verantwortlichen Bundesbehörden werden sich bei jedem Schritt und bei jeder Abmachung diese Zusammenhänge genau überlegen müssen, denn es ist durchaus richtig bemerkt worden, daß wir auch nicht um den Preis momentaner wirtschaftlicher Vorteile auf elementare Grundsätze unserer bisherigen Außenpolitik verzichten dürfen."

Ins Kapitel der Rückenschüsse gehört auch die Anfeindung von Mitgliedern der Verhandlungsdelegation, die in den ersten Kriegsjahren die Verhandlungen führte. So behauptete Nationalrat Dr. Oprecht, der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, diese seien heute „zu einer Belastung geworden". Die damalige Delegation hat unsere Neutralität und unsere wirtschaftlichen Interessen zu wahren verstanden und damit ihre Pflicht gegenüber dem eigenen Lande erfüllt. Daß gerade die besten Unterhändler, weil sie eben die Belange der Schweiz zu verteidigen wissen, im Ausland wohl geachtet, aber vielleicht nicht immer beliebt sind, liegt in der Natur der Sache. Am 6. Januar 1945 schrieb das „Volksrecht":

„Es geht nicht an, uns Vorwürfe über frühere Lieferungen zu machen, Vorwürfe macht uns auch — Deutschland über die an die Alliierten gehenden Exporte."

Das ist richtig und entzieht den Anfeindungen des Parteipräsidenten den Boden. Dieser scheint sich im Lande geirrt zu haben. Wir haben es keineswegs wie die Bulgaren oder Rumänen nötig, das Regime zu wechseln und uns in Selbstanklagen zu ergehen. Wir leben immer noch in der Schweiz.

Unsern Unterhändlern, die untragbare Zumutungen abzuwehren hatten und außerdem subtile und wichtige Wirtschaftsinteressen wahren mußten, konnte man kaum einen schlimmeren Dienst tun, als den Eindruck aufkommen zu lassen, Bundesrat und Delegation hätten bei ihrem Kampf um unsere Neutralität keinen vollen Rückhalt im Volk. Gerade Angelsachsen gegenüber, die der öffentlichen Meinung so große Bedeutung beimessen, konnte dies taktisch verhängnisvoll sein. Vielleicht ging die Wirkung auch nicht nur in der Richtung, daß sich die Vertreter der Alliierten in ihrer Position gestärkt sehen konnten. Auch die Mitglieder höchster Behörden sind Menschen, und so gut ein geschlossen hinter ihnen stehendes Volk sie hätte stärken können, so gut ist es denkbar, daß die gegenteiligen Erscheinungen nicht spurlos an ihnen vorübergingen.

* * *

Den Belastungen und Ungeschicklichkeiten zum Trotz konnte die Neutralität erhalten werden. Auch wirtschaftlich eröffnen die Vereinbarungen manchen Lichtblick. Wichtigste Fragen, besonders die Kohlenversorgung,

sind allerdings ungelöst. Auch kann — wie Minister Stucki erklärte — nicht übersehen werden, daß die schweizerischen Leistungen sofort real würden, die der andern hingegen vorläufig großteils in Verheißungen bestünden. Im übrigen ist der Krieg noch nicht zu Ende, und der weitere Gang der Dinge kann sehr wohl dazu führen, daß sich bald erneut komplizierte und folgenschwere Fragen stellen.

* * *

In den ersten Januartagen dieses Jahres wurde die Schweiz von der amerikanischen Presse heftig angegriffen. Ein Teil der schweizerischen Zeitungen geriet darob in großen Schreck und machte sich gar die fremden Vorwürfe zu eigen, um sie drohend gegen die eigene Regierung zu schleudern. Eine Erklärung des amerikanischen Außenministeriums bewies dann, daß Schreck und Vorwürfe schlecht motiviert gewesen waren.

Im Februar und anfangs März wurden die Berner Verhandlungen durchgeführt. Die Geschlossenheit und Klarsicht der Öffentlichkeit ließ wieder zu wünschen übrig. Zum Glück haben aber die Verantwortlichen dennoch durchgehalten. Vielleicht wird auch diesmal manchen erst nachträglich klar, was fehlende Geschlossenheit hätte schaden können und vielleicht, nicht im Grundsätzlichen, wohl aber in Detailfragen, möglicherweise auch geschadet hat. Möge deshalb die Freude über den guten, wenn auch recht teuer erkauften Ausgang uns nicht übersehen lassen, daß aus den abgeschlossenen Verhandlungen für künftige Gelegenheiten einige Lehren zu ziehen sind. Vielleicht werden sich solche Gelegenheiten bald einstellen. Die jüngsten Verhandlungen werden ja nicht die letzten sein, um so mehr, als sie keineswegs alle Fragen gelöst haben. Auch die sich stets wandelnden Verhältnisse dürften dafür sorgen, daß wir wieder vor Situationen stehen werden, in denen wir uns bewähren müssen. Dabei wird es nicht nur auf die Geschicklichkeit der Delegierten ankommen, sondern auch auf die Geschlossenheit des Volkes und die klare Erkenntnis der Grundsätze, die wir nie verlassen dürfen.